

Landesliste für die Landtagswahl wurde in Staßfurt aufgestellt



Foto: privat; Gruppenbild bei der Listenaufstellung in Staßfurt

Wenige Wochen nach dem 5. Landesparteitag war unser Kreisverband erneut Gastgeber für die Zusammenkunft der gewählten Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl am 13. März 2016.

Die Eröffnung am Sonnabendmorgen nahm die tief bewegte Landesvorsitzende Birke Bull vor. In ihrer Rede hob sie die Erschütterung bei uns allen nach den Nachrichten aus Frankreich hervor. Unter den Opfern der feigen Anschläge sind viele junge Leute. Alle Zielorte markieren den Alltag – den zivilen Alltag. Es wird schwer sein, sich auf die bevorstehenden Aufgaben zu konzentrieren, so Birke Bull. Mit einer Schweigeminute gedachten alle Anwesenden den Opfern von Paris.

Das Ziel der Zusammenkunft im Staßfurter Salzlandcenter, eine komplette Landesliste an diesem Wochenende zu wählen, wurde dann zielstrebig durch die wechselnden Tagungsleitungen angesteuert. Ein Personalvorschlag des Landesvorstandes, der in einer einjährigen Vorbe-

reitungszeit umfangreich mit vielen beraten wurde, lag als Empfehlung vor.

Mit einem zeitsparenden Wahlverfahren – Ampel für die sich Vorstellenden und Wahldurchführung vom Platz aus mit mobilen Wahlurnen – konnten allein am Sonnabend 30 Listenplätze in geheimer Abstimmung vergeben werden.

Das beste Wahlergebnis erreichte unser Spitzenkandidat Wulf Gallert mit 93,9 % Zustimmung. Ein ähnlich gutes Stimmergebnis bei den Männern

erzielte der Hallenser Finanzexperte Sven Knöchel mit 93,2% Zustimmung für den 10. Listenplatz.

Als erste Vertreterin unseres Kreisverbandes wurde Birke Bull auf den 2. Listenplatz gewählt. Weiter nach der Quotierung verfahren, bewarb sich unsere zweite Vertreterin Bianca Görke aus Staßfurt für den 21. Listenplatz. In ihrem Wahlgang gab es vier Bewerberinnen. Sie konnte aber bereits im ersten Wahlgang mit 59,5% Zustimmung diesen Platz besetzen.

Die beiden anderen DirektkandidatInnen aus unserem Kreisverband, Elke Reinke aus Aschersleben und Torsten Hans aus Schönebeck kamen leider nur auf Platz 43 und Platz 42.

Für sie wird ein Einzug in den Landtag nur über einen Sieg im Wahlkreis möglich werden.

Die Landesvorsitzende und die Landesgeschäftsführerin haben schriftlich all den Genossinnen und Genossen sowie Mitstreitern aus dem Kreisverband gedankt, die mit dazu beigetragen haben, dass un-

sere VertreterInnenversammlung in einer konstruktiven, solidarischen Atmosphäre problemlos ablaufen konnte. Nun gilt es gemeinsam mit ganzer Kraft in den Wahlkampf zu gehen.

*Klaus Magenheimer,
stellvertretender Kreisvorsitzender*

Ergebnisse der BewerberInnen in Prozent für die ersten 30 Plätze

1. Wulf Gallert (93,9)
2. Birke Bull (86,1)
3. Henriette Quade (75,7)
4. Matthias Höhn (73,9)
5. Doreen Hildebrandt (80,2)
6. Andreas Höppner (90,5)
7. Eva von Angern (74,4)
8. Thomas Lippmann (87,2)
9. Kerstin Eisenreich (86,3)
10. Swen Knöchel (93,2)
11. Dagmar Zoschke (74,4)
12. Stefan Gebhardt (77,8)
13. Kristin Heiß (54,3)
14. Hendrik Lange (85,5)
15. Monika Hohmann (74,4)
16. Guido Henke (53,8)
17. Katja Bahlmann (56,5)
18. Frank Hoffmann (65,5)
19. Evelyn Edler (59,1)
20. Mario Blasche (57,4)
21. Bianca Görke (59,5)
22. André Lüderitz (52,2)
23. Gritt Kumar (54,8)
24. Uwe Loos (59,2)
25. Sabine Künzel (52,1)
26. Harry Czeke (62,6)
27. Christina Buchheim (50,9)
28. Jan Wagner (59,7)
29. Pia Schillinger
30. Gerald Grünert (59,3)

Inhalt:

Seite 1
Landesliste für die Landtagswahl wurde in Staßfurt aufgestellt

Seite 2
Korte zum Syrieneinsatz der Bundeswehr

Internationale Konferenzen zur Überwindung der Fluchtursachen

Seite 3
Zu Besuch in Bernburger Flüchtlingsunterkünften

Engagement des Sports für Integration von Geflüchteten würdigen und stärken

Seite 4
Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten

3-D-Modell vom Staßfurter Salzsattel fürs Stadt- und Bergbaumuseum

Vorlesetag in Staßfurt

Seite 5
MdB Jan Korte jetzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag

Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG unterstützt Bernburger Jugendkulturinitiative

Erfahrungsaustausch mit Eberhard Schröder zum Sozialpass

Seite 6
Ortsversammlung in Bernburg

Hickhack um Steuerhebesätze im Bernburger Stadtrat

Seite 7
Gründung einer landesweiten Schlichtungskommission

Scheckübergabe der Staßfurter Stadtratsfraktion an die Volkssolidarität

Krieg ist das Gegenteil von Solidarität

Seit 2011 herrscht in Syrien Bürgerkrieg. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in vier Jahren 200.000 Menschen getötet. Fast 9.000 Zivilisten wurden entführt, gefoltert und getötet. Fast 19.000 Zivilisten starben durch Luftangriffe der Syrischen Armee. Mindestens 27.000 Unbeteiligte starben durch die Mörsergranaten der Kriegsparteien.

Von über 28.000 Menschen ist bekannt, dass sie bei Massenerschießungen erschossen wurden, hinzu kommt die weitgehend unbekannte Zahl ermordeter Zivilisten in den von ISIS kontrollierten Gebieten. Amnesty International beklagt Kriegsverbrechen auf allen Seiten. Der Landeskoordinator von Ärzten ohne Grenzen in Syrien, Sylvain Groulx, zeigt sich „entgeistert angesichts der Tatsache, dass das humanitäre Völkerrecht so leicht von allen Konfliktparteien missachtet wird“ und beklagt gezielte Angriffe, unter anderem mit Fassbomben, auf Krankenhäuser. Um sich und ihre Familien vor diesem Horror zu retten, sind 11,6 Millionen Syrer geflüchtet. Mindestens vier Millionen Syrer sind außerhalb, 7,6 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht.

Am Dienstag, 1. Dezember, traf das Kabinettsbeschluss, in den Krieg einzutreten. Der Antrag der Bundesregierung wurde am Mittwoch in erster Lesung im Bundestag behandelt, am Freitag, 4. Dezember, fand die zweite und dritte Lesung und die Schlussabstimmung statt. Praktisch in drei Tagen stimmten die meisten Abgeordneten der Koalition aus CDU/CSU und SPD, sowie einige Grünen-Abgeordnete den größten Kriegseinsatz seit Gründung der Bundesre-



publik zu. Ohne Plan, ohne Strategie, ohne viel Zeit zum Nachdenken und vor allem ohne Diskussion haben sie die größte Kriegsbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik durchgestimmt.

Und das, nachdem die vier Jahre davor glaubten, sie könnten die Katastrophe einfach ignorieren und von Eile oder Hektik nichts zu sehen war.

DIE LINKE war die Situation der Menschen in Syrien und Irak nie egal.

Wir haben von Anfang an gefordert, den Export von Waffen in die Region zu stoppen. Wir haben verlangt, den IS vom Nachschub an Kämpfern, Waffen und Geld abzuschneiden. Und wir haben uns gegen die Repressalien gegen den stärksten Gegner des IS, die PKK, ausgesprochen und dafür, Klartext mit der türkischen Regierung und der in Saudi-Arabien zu reden, die für viele dieser Punkte verantwortlich zeichnen. Dies wäre die Alternative zum Krieg gewesen und es ist der einzige Weg, die Gewaltspirale zu beenden.

Die Bundesregierung zieht lieber die militä-

rische Option, als auf die finanzstarke saudiarabische Kundschaft zu verzichten. Und sie akzeptiert den Kampf Erdogans gegen die Kurden, die mangelhafte Kontrolle der Grenze und massenhafte Verstöße gegen Menschenrechte in der Türkei, solange sie ihr nur die Flüchtlinge vom Hals hält. Dieser Krieg ist eine moralisch und politisch höchst fragwürdige Entscheidung einer Bundesregierung, absegnet von einer breite, regierungshörigen und völlig unkritischen Parlamentsmehrheit, die irrigerweise meint, auf diese Weise Solidarität mit den Opfern der grausamen und unmenschlichen Anschläge in Paris auszudrücken. Doch einen Krieg gegen den Terror kann man nicht gewinnen, das hat Afghanistan gezeigt. Dem Terror den Boden entziehen können wir nur, wenn wir internationale Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Demokratie nicht als Schlagworte für markige Reden gebrauchen, sondern wenn wir sie leben.

MdB Jan Korte, stellv. Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag

Internationale Konferenzen zur Überwindung der Fluchtursachen

Um den nun schon seit mehreren Jahren andauernden Krieg in Syrien und die damit verbundene Flucht großer Teile der Bevölkerung zu beenden, luden der UN-Sondervertreter für Syrien sowie der russische und der amerikanische Außenminister für den 29. und 30. Oktober zu einer Syrien-Konferenz nach Wien ein. An ihr nahmen die Außenminister von 17 Staaten teil, darunter neben den Veranstalterinnen die der UN-Vetomächte China, Großbritannien und Frankreich, welche an den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (Türkei, Saudi-Arabien, Iran u.a.), aber auch Deutschlands und Italiens. Syrien war nicht vertreten.

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich einig in der Bewertung der katastrophalen Auswirkungen dieses Krieges und in der Notwendigkeit des Einsatzes aller diplomatischen Mittel zu deren Überwindung. In einer Erklärung stellten sie die Notwendigkeit der Einheit, Unabhängigkeit, territorialen Integrität und des weltlichen Charakters des Staates sowie des Er-

halts der staatlichen Institutionen heraus. Die UNO wurde beauftragt, Vertreter der Regierung und der Opposition zu einem „politischen Prozess“ zusammenzubringen. Die Konferenzteilnehmer wurden verpflichtet, dem IS und anderen Terrorgruppen eine Niederlage beizubringen.

Am 14. November wurde die Konferenz in Wien fortgesetzt. Nach einer abschließenden Erklärung soll ab 1. Januar 2016 ein 18 Monate dauernder Übergangsprozess beginnen, in dem eine neue Verfassung erarbeitet und unter Kontrolle der UNO ein Referendum durchgeführt werden. Wahlen für das Parlament und das Amt des Präsidenten soll sich anschließen.

Ich halte diese Konferenz für außerordentlich wichtig und erfolgreich. Nun geht es aber für alle Teilnehmerstaaten darum die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, wobei sie sich auch durch nichts ablenken lassen dürfen. Gelingt das, dann ist ein wichtiger Beitrag zur Überwindung von Fluchtursachen geleistet worden.

Für die Verringerung der Fluchtursachen nach Europa setzte sich auch die EU ein. Auf einem EU-Afrika-Gipfeltreffen in der maltesischen Hauptstadt Valetta unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs am 12. November eine Vereinbarung, die vorsieht, einen „Nothilfe-Treuhandfonds“ über 1,5 Mrd Euro aus EU-Geldern den afrikanischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Angestrebt wird, diesen Betrag über Beiträge aus den EU-Ländern zu verdoppeln. Anliegen eines Gipfeltreffens EU-Türkei am 29. November in Brüssel war es, einen gemeinsamen Aktionsplan in der Flüchtlingskrise in Kraft zu setzen. Sein Kernstück war die Verpflichtung der europäischen Staaten, 400.000 in der Türkei lebende Flüchtlinge aufzunehmen, wenn diese die ungesteuerte Weiterreise nach Europa stoppt. Für die Flüchtlingshilfe vor Ort zahlt die EU an die Türkei 3 Milliarden Euro.

Friedrich Schütz

Zu Besuch in Bernburger Flüchtlingsunterkünften

Am 30. November besuchten die Abgeordneten Birke Bull, Sabine Dirlich und Petra Giest Flüchtlingsunterkünfte in Bernburg. Zunächst sahen sie sich die Gemeinschaftsunterkunft in den Mobilen Wohneinheiten in der Köthenschen Straße an. Anschließend ging es in die Notunterkunft in der ehemaligen Berufsschule in Roschwitz. Begleitet wurden sie von der zuständigen Dezernentin Reingard Stephan. Die Unterbringung der Geflüchteten bleibe eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe. Gerade wird eine zweite Notunterkunft in der Aderstedter Straße eröffnet, die kurzzeitig etwas Entlastung schaffe, so die Dezernentin. Genügend Wohnraum zu finden bleibt schwierig.

In der Köthenschen Straße sprachen sie mit Herrn Schauer vom Betreiber Flibb e.V. 32 Einzelpersonen haben dort Zuflucht gefunden. Das Aufstellen der „Container“ war eine Notlösung, nachdem sich abzeichnete, dass die zur Verfügung stehenden Unterkünfte nicht ausreichen werden. Inzwischen wird darüber nachgedacht, auf dem gleichen Gelände weitere Wohnmöglichkeiten zu errichten. Bei der Besichtigung waren alle überrascht, wie wenig man dem Bau von innen anmerkt, dass er eigentlich aus Wohncontainern besteht.

In der Notunterkunft in der ehemaligen Berufsschule, sind eine Turnhalle und ein Schulgebäude belegt. Geflüchtete sollen hier nur übergangsweise unterkommen, bleiben ein bis drei Wochen in dieser Unterkunft und werden danach auf Gemeinschaftsunterkünfte oder Wohnungen verteilt. Betreiber ist das DRK. Auch wenn die Einrichtung dort äußerst spartanisch ist und jedem Geflüchteten nur eine Klappliege und ein Campingschrank in einem



Foto: privat, Besuch der neuen Wohnanlage in für Geflüchtete

mit ca. zehn Personen belegten Zimmer, oder eben in der Turnhalle zusteht, versuchen alle, das Beste aus der Situation zu machen. So nutzen Kinder die Möglichkeit, im Speisesaal, oder auf dem Hof zu spielen, zweimal pro Woche finden Sprachkurse statt. Auch eine eigene Kleiderkammer wurde eingerichtet, die sich auf Spenden aus der Bevölkerung freut.

Bei den Terminen war interessant zu erfahren, wie beide Partner – Geflüchtete und Betreiber – Lernende sind. Interkulturelle Kompetenz erweitert sich auf beiden Seiten. Während die eine Seite nicht nur die Sprache lernen muss, sondern auch, dass Frauen hier durchaus be-

rechtigt sind, die Bereiche der Männer zu betreten oder wie hiesige Toiletten funktionieren, lernen die MitarbeiterInnen, dass es z.B. nicht böse Absicht war, wenn anfangs das Essen aus Angst vor Schweinefleisch, verweigert wurde. Inzwischen ist durch entsprechende Aushänge in vielen Sprachen Klarheit geschaffen worden. Probleme konnte Frau Theuerkorn vom DRK eigentlich nicht benennen. Außer denen, die immer entstehen, wenn viele Menschen auf engem Raum leben müssen – da spielt die Nationalität keine Rolle.

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin

Engagement des Sports für Integration von Geflüchteten würdigen und stärken

Viele Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen aus ihren Heimatländern vor Krieg und Verfolgung. Oftmals sind sie traumatisiert. Um ihnen das Ankommen in Sachsen-Anhalt zu erleichtern, bieten zahlreiche Sportvereine ihnen die Möglichkeit zu trainieren, und an Wettkämpfen teilzunehmen. Bereits im Januar 2015 hatte der Landessportbund (LSB) eine Sportversicherung für Flüchtlinge und Asylbewerber abgeschlossen, die sie während der Sportausübung schützt. Mit einer Konzeption und Sammlung zusätzlicher Maßnahmen will der LSB der wachsenden Zahl von Geflüchteten und dem erhöhten Bedarf an integrativen Maßnahmen im Sport entsprechen und die ehrenamtlichen Strukturen in Sachsen-Anhalt qualifiziert begleiten. Der gemeinnützige Vereinssport leistet mit diesem Zugehen auf die Neuankömmlinge einen wertvollen Beitrag für eine echte Willkommenskultur in unseren Städten und Gemeinden. Er unterstützt somit die humanitäre Aufnahme sowie die Integration der Geflüchteten.

Umso skandalöser erscheinen Meldungen, wie die in der Berliner Morgenpost am 12. November, dass die Bundesfinanzverwaltung bereits Mahnschreiben an Sportvereine verschickt hat, weil diese Geflüchteten das kostenfreie Mittrainieren ermöglichen.

Der Deutsche Olympischer Sportbund (DOSB) hat Medienberichte über die Gefährdung der Gemeinnützigkeit von Sportvereinen, die Flüchtlingsarbeit leisten, zum Anlass für ein Informationsschreiben an seine Mitgliedsorganisationen genommen. Darin heißt es u.a.: „Sportvereinen in Gestalt gemeinnütziger Körperschaften ist es regelmäßig nur erlaubt, Geld- oder Sachmittel für diejenigen steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden, die in ihrer Satzung aufgeführt sind. In Bezug auf die Flüchtlingsthematik kommen Unterstützungsleistungen damit in der Regel nur in Betracht, wenn in der Satzung „Mildtätigkeit“ oder aber explizit die „Förderung der Hilfe für Flüchtlinge“ als steuerbegünstigte Zwecke verankert sind.“

Bis zum 1. Dezember 2015 haben die Bundesländer die Gelegenheit, ihre Rechtsauffassung zu äußern, danach will das Bundesfinanzministerium eine Entscheidung treffen, ob die Satzungen von gemeinnützigen Sportvereinen anzupassen sind.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, dem Beispiel des Berliner Senates zu folgen und sich gegenüber dem Bundesfinanzministerium klar und eindeutig für die kostenfreie Teilnahme von Flüchtlingen am Vereinssport bis zum 31.12.2017 auszusprechen, ohne das die Vereine dafür die Satzung ändern müssen. Statt die Gemeinnützigkeit des Vereinssports in Frage zu stellen und ihn mit bürokratischem Aufwand zu beschweren, gilt es das Engagement des Sports für eine lebendige Willkommenskultur zu würdigen und zu stärken.

MdL Uwe Loos, Sprecher für Sportpolitik

Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten

Die Ortsgruppe Saale-Wipper der Linken, gedachte am 09. November, auf dem jüdischen Friedhof in Güsten der Opfer des Faschismus. Im Rahmen der Veranstaltung sprach die Linke-Landtagsabgeordnete, Bianca Görke, zu den Anwesenden. In ihrer Gedenkrede mahnte sie dazu, dass Worte wie „Niemals vergessen“ und „Nie wieder“, die anlässlich solcher Veranstaltung immer wieder zu hören sind, nicht nur leere Worthülsen bleiben dürfen.

Gerade in der heutigen Zeit sind zunehmend wieder Tendenzen gegen Minderheiten zu hören, sei es in den politischen Reden einzelner Parteien oder in Alltags- und Stammtischsprüchen, in denen manchmal auch zu leichtfertig mit neonazistischen Sprüchen umgegangen wird. Aber genau hier muss solchen Tendenzen bereits klar entgegengetreten werden.

Am Ende ihrer Rede nannte Frau Görke, stellvertretend für alle Opfer des Faschismus, noch einige Namen Güstener Bürger, die der Verfolgung zum Opfer fielen. Diese waren, genau wie alle anderen Einwohner, Bürger der Stadt Güsten, welche nur auf Grund ihrer Religion bzw. der Tatsa-



Foto: privat, Bianca Görke hielt die Ansprache auf dem jüdischen Friedhof

che, dass Sie nicht dem Idealbild des Ariers entsprachen, verschleppt und ermordet wurden.

Nach der Gedenkrede verlas der stellvertretende Vorsitzende der Ortsgruppe, Ernst-Hermann Brink, noch ein Schreiben der jüdischen Gemeinde Magdeburg, wel-

che für den Jüdischen Friedhof in Güsten zuständig ist. Mit diesem Schreiben bedankte man sich für die Durchführung der Veranstaltung in Güsten.

Lars Lehmann, Pressesprecher Die Linke
Saale-Wipper

3-D-Modell vom Staßfurter Salzsattel fürs Stadt- und Bergbaumuseum

Im Juli 2015 begannen die Bemühungen, das 3-D-GEOLOGIE-MODELL in unsere schöne Bodestadt zu holen.

Der Staßfurter Salzsattel anschaulich in Glas eingraviert – diese Idee stammt von Prof. Dr. Peter Wycisk und seinem Team im Institut für Geowissenschaften und Geografie der Martin-Luther-Universität in Halle.

Es ist das größte geologische Glas-Laser-Modell seiner Art in Deutschland. Es zeigt die Basisfläche des Kali-Salz-Flözes unter dem Stadtgebiet.

Die detailgetreue Nachbildung ist ein Kooperationsprojekt. Das Modell wurde von Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, gemeinsam mit den Geologen aus der Saalestadt 2014, für eine Ausstellung im Geozentrum in Hannover angefertigt. Die Daten stammen aus einer Untersuchung der Bundesanstalt.

Das Exponat soll unter anderem eine wirklichkeitsnahe Darstellung für Interessierte sein. Sie erfahren anschaulich, wie intensiv durchlöchert das Salzgebirge im Staßfurter Raum ist und wie der Abbau betrieben wurde.

Um eine Kopie des 3-D-Modells in das Stadt- und Bergbaumuseum Staßfurt zu bekommen, wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen. MdL Bianca Görke, als

Intitiatoren des Spendenaufrufs, rührte ordentlich die Werbetrommel. Während der Eröffnung zweier Sonderausstellungen im Museum warb sie um Unterstützung. Gebraucht wurden für den Kauf des Modells 2000 Euro.

Bereits in kürzester Zeit kam nicht nur das Geld für den Kauf des Modells zusammen. Auch der Transport des Modells sowie ein Unterbau und Beleuchtung konnten finanziert werden. Prof. Dr. Peter Wycisk reiste extra zum Aufbau des Modells an. Mit dem Auge zur Genauigkeit und speziellen Handschuhen wurde es Ende Oktober endlich aufgestellt.

Am 1. November 2015, im Rahmen der Veranstaltung zur Eröffnung der neuen Sonderausstellungen im Staßfurter Stadt- und Bergbaumuseum, wurde dann auch das neue 3-D-Modell zur Anschauung freigegeben. Nicht nur MdL Bianca Görke ließ es sich nicht nehmen, an diesem Tag vor Ort zu sein. Auch Prof. Dr. Peter Wycisk kam, um mit seinem Fachwissen den vielen Interessierten Rede und Antwort zu stehen.

Das Fazit dieser Aktion: Nun können viele Besucher im Museum noch besser nachspüren, welche bedeutende Geschichte Staßfurt als Salzstadt hat.

Mandy Reichmann-Krusch,
Wahlkreismitarbeiterin

Vorlesetag in Staßfurt

Seit 2004 findet jedes Jahr am 3. Freitag im November der bundesweite Vorlesetag statt.

Die Landtagsabgeordnete Bianca Görke folgte der Einladung der Stadtbibliothek Staßfurt und beteiligte sich an den diesjährigen Aktionen.

Die Schüler aus der 5. Klasse der Sekundarschule Nord waren mit 23 Schülern dabei. Nach kurzer Begrüßung wurde das Buch „Die fabelhafte Miss Braitwhistle“ von der Autorin Sabine Ludwig vorgestellt, und sie las kostümiert aus den ersten Kapiteln.

Die Schüler lauschten gespannt. Es wurde viel gelacht, sogar die Lehrer schmunzelten.

Zum Schluss hatten einige Schüler noch Fragen, wie zum Beispiel - Warum können sie Ihre Stimme verstellen und sprechen so gut Englisch?

Mit einem Blumenstrauß und einem tosenden Applaus wurde Bianca Görke von Frau Sulek verabschiedet.

Die Genossin Kerstin Karl verteilte kleine Päckchen mit Schultensilien und Süßigkeiten.

Im nächsten Jahr sind wir wieder dabei.

Kerstin Karl, Wahlkreismitarbeiterin

MdB Jan Korte jetzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag

Die Fraktion DIE LINKE hat nach der Wahl der Fraktionsvorsitzenden (siehe auch DLZ 11/2015) die turnusgemäßen Wahlen des Vorstandes der Fraktion Anfang November fortgesetzt. Neben den Gewählten gehören die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und die Vizepräsidentin des Bundestages dem Fraktionsvorstand an. Auch unser Wahlkreisabgeordneter Jan Korte ist im neuen Vorstand mit dabei. Er ist jetzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Die Redaktion gratuliert und wünscht maximale Erfolge. Nachfolgend eine Übersicht über die weiteren gewählten Mitglieder des Fraktionsvorstandes und die Wahlergebnisse:

Parlamentarische Geschäftsführerin

Petra Sitte, 59 abgegebene gültige Stimmen, 47 Ja, 6 Nein, 6 Enthaltungen, 79,7 %

Frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Cornelia Möhring, 59 abgegebene gültige Stimmen, 33 Ja, 14 Nein, 12 Enthaltungen, 55,9 %

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Heike Hänsel, 59 abgegebene gültige Stimmen, 41 Ja, 10 Nein, 8 Enthaltungen, 69,5 %



Foto: privat, Der neue Fraktionsvorstand der Linksfraktion ist jetzt komplett

Jan Korte, 59 abgegebene gültige Stimmen, 38 Ja, 14 Nein, 7 Enthaltungen, 64,4%

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und ArbeitskreisleiterInnen

Sabine Zimmermann, 59 abgegebene gültige Stimmen, 44 Ja, 7 Nein, 8 Enthaltungen, 74,6%

Caren Lay, 59 abgegebene gültige Stimmen, 39 Ja, 13 Nein, 7 Enthaltungen, 66,1%

Klaus Ernst, 59 abgegebene gültige Stimmen, 38 Ja, 12 Nein, 9 Enthaltungen, 64,4%

Sigrid Hupach, 59 abgegebene gültige Stimmen, 49 Ja, 3 Nein, 7 Enthaltungen, 83,0%

Frank Tempel, 59 abgegebene gültige Stimmen, 40 Ja, 10 Nein, 9 Enthaltungen, 67,8%

Wolfgang Gehrcke, 59 abgegebene gültige Stimmen, 33 Ja, 17 Nein, 9 Enthaltungen, 55,9%

Erfahrungsaustausch mit Eberhard Schröder zum Sozialpass

Bereits im Oktober besuchte Eberhard Schröder aus dem Kreis Harz die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG im Salzlandkreis, um über seine Erfahrungen zum Familien- und Sozialpass zu referieren. Während der Sozialpass bereits im Mai 2008 im gesamten Harzkreis eingeführt wurde, gibt es solch eine Form der Vergünstigung für Menschen mit einem geringen Einkommen im Salzlandkreis nicht. Ein bedauerlicher Lapsus, ermöglicht doch der Pass Einzelpersonen und Familien mit einem geringen Einkommen sowohl die Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel als auch den Besuch ausgewählter kultureller und sportlicher Einrichtungen im Landkreis zu vergünstigten Bedingungen. Nach Schätzungen von Eberhard sind gegenwärtig rund 3.700 Pässe im Landkreis Harz im Umlauf. Die Akzeptanz und Nutzung des Passes befindet sich damit auf einem stabilen Niveau seit seiner Einführung. Ob solch ein Familien- und Sozialpass auch für den Salzlandkreis tauglich ist, wird sich im Rahmen der weiteren Recherchen der DIE LINKE./ UWG zeigen. Zunächst aber noch einmal ein herzliches Danke an Eberhard für seinen Input zum Familien- und Sozialpass und seinen konstruktiven Anregungen für die mögliche Einführung eines solchen Passes im Salzlandkreis.

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG unterstützt Bernburger Jugendkulturinitiative

Am Montag, den 30.11.15, war die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG zu Gast bei der Jugendkulturinitiative Bernburg e.V. in Bernburg. Der Verein hat die Möglichkeit genutzt und mittels eines formellen Antrags, um eine finanzielle Unterstützung aus dem Solidarfonds der Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG ersucht. Nach Prüfung wurde diesem Antrag einstimmig stattgegeben und die Jugendkulturinitiative mit einer Spende von 300,00 EUR bedacht.

Die Scheckübergabe nutzte die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich zugleich, um bei Kaffee und Kuchen mit dem Vereinsvorstand über den Beginn, die Entwicklung und die gegenwärtige Situation des Vereins, der das Kulturzentrum „Hotel Wien“ betreibt, zu sprechen. Denn mit dem „Hotel Wien“ hat der Verein einen Raum für Kultur und Begegnungen in der



Foto: privat, Scheckübergabe im Hotel Wien

Bernburger Talstadt geschaffen, welcher seit 2011 das kulturelle Angebot der Saalestadt vielfältig bereichert. Der Vorstand berichtete von zahlreichen Live-Musik-Abenden, verschiedenen Vorträgen, Autorenlesungen und von Ausstellungen mit verschiedenen (Hobby)Künstlern. Dabei stehen für die Vereinsmitglieder immer die Begegnungen und der Austausch im

Vordergrund der einzelnen Projekte, welche sich unter dem Dach des „Hotel Wiens“ angesiedelt haben. Trotz einer derzeit schwierigen finanziellen Lage ist der Vereinsvorstand jedoch optimistisch künftig auch weitere Projekte initiieren und begleiten zu können.

Nach dem Kultur Markt e.V. ist die Jugendkulturinitiative Bernburg e.V. der zweite Verein, welchen die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG mit einer Spende aus dem Solidarfonds finanziell unterstützt. Alle

Initiativen, Projekte und Einzelpersonen aus dem Salzlandkreis können jederzeit eine Unterstützungsanfrage an die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG per Email (ktf@dielinke-salzlandkreis.de) oder postalisch (Löderburger Straße 94, 39418 Staßfurt) senden.

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Ortsversammlung in Bernburg



Foto: privat, Birke Bull und Lothar Boese bei der Bernburger Ortsversammlung

Zum bereits dritten Mal in diesem Jahr kamen am 2. November GenossInnen und SympathisantInnen vom Bernburger Ortsverband der LINKEN zusammen. Nach der Ortsversammlung im März, bei der u.a. um eine Satzung gerungen wurde und der Wahlkreisversammlung im Juni, bei der Birke Bull als Direktkandidatin für die Landtagswahl nominiert wurde, stand jetzt natürlich die Wahl selbst, die am 13. März 2016 stattfinden wird, im Mittelpunkt.

Der Kreisvorsitzende Lothar Boese und die Direktkandidatin selbst stimmten auf die Landtagswahl ein, indem sie u.a. Ausführungen zur aktuellen politischen Konstellation im Land, zum gerade verabschiedeten Wahlprogramm „Ein Land zu Leben

- Ein Land zum Bleiben“, zur bisherigen Wahlkampfplanung und zu personellen Vorstellungen (Aufstellung der Landesliste) machten. Birke Bull wies u.a. auf die schwierige Situation hin, die sich durch den Aufwind der AFD (in Ostdeutschland in Umfragen bei über 10%) im Rahmen der aktuellen Flüchtlingsdebatte ergibt. Außerdem lobte sie den vorliegenden Vorschlag für die Landesliste als eine gute Grundlage, um die Fraktion sowohl zu verjüngen, als auch um die angekündigten Rückzüge erfahrener Abgeordneter zu kompensieren. „Programm und Personal sind absolut geeignet, um das angestrebte Ziel Regierungswechsel zu erreichen.“, so die Landesvorsitzende. In der anschließenden Debatte wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, den Wahlkampf auch in der kalten Jahreszeit und mit einer zunehmend älteren Mitgliedschaft, erfolgreich zu gestalten.

Auch die Kommunalpolitik sollte bei der Ortsversammlung nicht zu kurz kommen. Udo Riedel als Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat, berichtete u.a. von personellen Änderungen in der Stadtratsfraktion und von aktuellen Initiativen der LINKEN Stadträte. Hierbei standen u.a. die geplante Erhöhung der Steuerhebesätze und (siehe auch Artikel unten) in dieser Ausgabe der DLZ) und der Haushalt für 2016 sowie die Debatte um veränderte

Ampelschaltzeiten in der Saalestadt im Mittelpunkt. Er kündigte außerdem die Unterstützung der Fraktion im bevorstehenden Wahlkampf an.

Auch die Arbeit des Ortsverbandes im laufenden Jahr war natürlich Thema bei der Versammlung der Bernburger GenossInnen. Neben einem kurzen Rückblick auf Veranstaltungen wie Frauentag, Kutterrunden und Kick gegen Rechts, gab es bereits den Hinweis auf die nächste Wahl des Ortsvorstandes, die nach der Landtagswahl erfolgen wird. Im Rahmen der dann anstehenden Ortsversammlung wird es auch einen ausführlichen Rechenschaftsbericht des aktuellen Vorstandes geben. Alle Interessenten können sich bereits Gedanken über eine mögliche Kandidatur für den neuen Vorstand machen.

Zu den letzten großen Aktionen in diesem Jahr wird die gemeinsame Weihnachtsfeier mit den GenossInnen aus Nienburg, Saale-Wipper und Könnern gehören. Am 14. Dezember (siehe auch Seite 8 in dieser Ausgabe der DLZ) sind alle Interessenten dazu aufgerufen, bei der Weihnachtsfeier u.a. mit MdL Birke Bull in angenehmer Runde zusammen zu kommen, bevor im neuen Jahr die anstrengende Wahlkampfzeit beginnt.

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender

Hickhack um Steuerhebesätze im Bernburger Stadtrat

In der letzten Stadtratssitzung des Bernburger Stadtrates hatten die Stadträte unter anderem die Anhebung der sogenannten Hebesätze für die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer auf der Tagesordnung. Bereits Anfang des Jahres hatte im Rahmen des Beschlusses zum Haushaltskonsolidierungskonzept eine Mehrheit im Stadtrat eine generelle Anhebung der Hebesätze beschlossen. Mit dieser Anhebung sollte insgesamt eine Mehreinnahme von knapp über eine Million Euro pro Jahr erzielt werden. Schon damals gab es Kritik aus unserer Fraktion, weil mit dem globalen Beschluss keinerlei Kalkulationen verbunden waren, welche Veränderungen bei den Hebesätzen zum Erreichen dieses Zieles notwendig sein werden. Nun lagen die Vorschläge der Verwaltung auf dem Tisch. Sie sahen eine Anhebung der Hebesätze bei den Grundsteuern um jeweils 50 Prozentpunkte vor und bei der Gewerbesteuer um 45 Prozentpunkte.

Nach intensiven Beratungen in der Fraktion, haben wir für die Stadtratssitzung versucht, eine Veränderung der Beschlussvorlagen zu erreichen. Ziel sollte es sein, bei den Grundsteuern A und B, als reine Bestandssteuern, eine Reduzierung der

Erhöhungen zu erreichen. Grund für diese Anträge ist die Tatsache, dass mit der Grundsteuer lediglich der Besitz von entsprechenden Flächen besteuert wird, ohne jeglichen Zusammenhang zur Nutzung oder irgendeines wirtschaftlichen Ertrags. Im Gegenzug brachten wir den Vorschlag ein, die Anhebung der Gewerbesteuer etwas höher ausfallen zu lassen, nämlich eine Steigerung um 50 Prozentpunkte vorzunehmen. Damit hätte man Einnahmen in etwa der gleichen Höhe wie ursprünglich geplant erzielen können. Mit der Gewerbesteuer wird aber im Gegenteil zu den Grundsteuern ein Ertrag, in diesem Fall der Gewinn aus gewerblicher Tätigkeit, besteuert. Es ist also auch letzten Endes eine Steuer, die nur von denjenigen zu zahlen ist, die auch Gewinne erwirtschaften. Für die Stadt Bernburg zeigt sich aktuell das Bild, dass lediglich ein Drittel der Unternehmen überhaupt Gewerbesteuer zahlen muss.

Was dann aber im Rahmen der Abstimmungen passierte, war doch schon erstaunlich. Erst wurde unser Antrag bei der Grundsteuer A abgelehnt. Bei der weiteren Diskussion zeigte sich dann aber eine breitere Ablehnung, so dass am Ende

auch der Erhöhungsantrag der Stadtverwaltung abgelehnt wurde – Folge ist, dass der Hebesatz bei der Grundsteuer A unverändert bleibt. Nach einem dramatischen Appell des OB's, dass bei weiteren Ablehnungen der Erhöhungen eine völlige Handlungsunfähigkeit der Stadt drohen würde, stimmten dann auf einmal deutliche Mehrheiten für die vorgeschlagenen Anhebungen.

Was bleibt, ist das bittere Gefühl, dass viele Stadträte ihre Zustimmung zu Anhebungen gegeben haben, die sie eigentlich nicht wollten und dass ausgerechnet die kleinste Gruppe von Betroffenen nun ausgeklammert wurde, von den Erhöhungen, welche ansonsten alle anderen zu tragen haben, da zum Beispiel die Grundsteuer B von Hauseigentümern auch auf die Mieter im Rahmen der Nebenkosten umgelegt werden kann.

Udo Riedel, Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat

„Wenn einer aus der Reihe tanzt, ist die Reihe erst zu sehen“



Foto: privat, Inklusionskonferenz in Bernburg

Am 23. November fand in der Aula des Campus Technicus unter der Schirmherrschaft des Behindertenbeauftragten des Salzlandkreises, Torsten Sielmon, ein Informationstag „Inklusion in der Schule“ statt. Ziel war es, an verschiedenen Thementischen miteinander in den Erfahrungsaustausch zu treten. Wie kann es gelingen, den Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf erfolgreich zu gestalten? Welche Rahmenbedingungen sind nötig und wie können die vorhandenen Bedingungen genutzt werden, um erfolgreich zu sein.

Drei Themenbereiche sollten dabei besonders diskutiert werden: Erfahrungen aus der Praxis, die Nutzung der Hilfssysteme im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie die bildungspolitischen Rahmenbedingungen.

Die Praxis beleuchteten Ellen Rudolf von der Ganztagschule „Johannes Gutenberg“ aus Wolmirstedt und Katrin Jelitte von der Gesamtschule „Albert Schweitzer“ in Aschersleben. In beiden Schulen wird der Gemeinsame Unterricht seit Jahren sehr erfolgreich praktiziert. Beiden Schulen gemein ist, dass es gelungen ist, ein ganzes Kollegium zu motivieren, neue Wege zu gehen. Lehrer/innen haben dort zu Beginn ihre Arbeit reflektiert und Visionen entwickelt, wie man mit Kindern arbeiten kann. Zwei Worte fielen besonders oft: Haltung und Wertschätzung. Unterricht, in dem alle zur gleichen Zeit das Gleiche lernen, hat früher schon nicht gut funktioniert und stößt erst recht an seine Grenzen, wenn er inklusiv sein soll. Schülerinnen und Schüler lernen an den Referenzschulen in Teams, tragen sehr viel Eigenverantwortung, für das, was und wie sie lernen. Sie fühlen sich ernst genommen und erfahren jede Menge Wertschätzung. Die Arbeit in Gruppen und auf

unterschiedlichen Anforderungsniveaus nützt dabei nicht nur den Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf, sondern auch all jenen, die im herkömmlichen Frontalunterricht über- oder unterfordert waren. „Die Umstellung ist eine intensive Arbeitsphase, aber wenn das geschafft ist, wird das Arbeiten wesentlich leichter und zufriedenstellender.“, so Ellen Rudolf. Da Abgucken in diesem Fall erwünscht ist, haben sich einige Lehrerinnen und Lehrer bereits zu einem (Weiterbildungs-)Besuch in den Schulen angemeldet.

Inklusion ist nicht zum Nulltarif zu ha-

ben. Sie bedarf Unterstützung durch viele Professionen wie Schulsozialarbeiter/innen, Schulpsycholog/innen, Integrationshelfer/innen und sonderpädagogische Fachkräfte. Es gibt das subjektive Gefühl, dass zu wenig Personal vorhanden ist, obwohl z.B. die Zahl der Schulsozialarbeiter/innen gestiegen ist. Das Personal wird den Schulen in Inklusionspools zur Verfügung gestellt. Damit ist es nicht an bestimmte Kinder gebunden, sondern kann flexibel eingesetzt werden. Auch wenn die Decke dünn ist, muss das Beste daraus gemacht werden: Kinder müssen angenommen werden wie sie sind, neue Unterrichtsformen müssen praktiziert werden, individueller, mehr mit den Lernenden zusammen gestaltet. Ellen Rudolf dazu: „Denkt die Schule vom Kind aus, nicht vom Personal oder den Finanzen!“

Die Veranstaltung war ein Experiment. Ausgegangen ist der Impuls von Ralf Prozell, einem betroffenen Vater, der sich gemeinsam mit einer Beratungslehrerin an Birke Bull gewandt hat. Schnell war klar, dass noch weitere Personen in die Organisation einbezogen werden müssen und dass so eine Veranstaltung echte Expert/innen braucht. Über 50 Interessierte diskutierten letztlich mit. Es war konstruktiv, kontrovers und gewinnbringend. Wir danken allen, die sich an der Organisation und Durchführung aktiv beteiligt haben.

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin

Scheckübergabe der Staßfurter Stadtratsfraktion an die Volkssolidarität



Foto: privat, Spende an die Volkssolidarität

Im November konnten Klaus Magenheimer und Bianca Görke aus den Mitteln des Solidarfonds der Stadtratsfraktion eine Spende in Höhe von 200,00 Euro übergeben.

Frau Schmeißer und Frau Mödig erläuterten

kurz ihre nächsten Vorhaben. Auch die Lernpatenschaft, die der Integration von Flüchtlingskindern dient, wurde nochmals näher erläutert. Wir sind sicher, unser Geld ist dort in guten Händen.

Bianca Görke, Stadträtin in Staßfurt

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Dezember
recht herzlich**

Zum 92. Geburtstag
Beate Köthe

Zum 89. Geburtstag
Anneliese Freist
Gerda Wesemann
Egon Köplin

Zum 83. Geburtstag
Franz Walter

Zum 82. Geburtstag
Karin Zeißig

Zum 81. Geburtstag
Waltraud Engel

Zum 80. Geburtstag
Hannelore Döring

Zum 60. Geburtstag
Karin Müller

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Dezember Geburtstag haben**



**Ausstellungseröffnung im
Bernburger Wahlkreisbüro**

Am **13.01.2016 um 17 Uhr** eröffnen
MdL Birke Bull und der Bernburger
Künstler Wladimir Griniw unter dem
Titel „Metamorphosen der Freiheit“
die nächste Kunstaussstellung im Bern-
burger Büro.

„Kaffee mit Links“

Am 14.01.2016 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
16.12.2015 und am 13.01.2016 um je-
weils 18 Uhr im Fraktionsbüro in
Staßfurt.

**Wir wünschen allen Leserinnen und
Lesern ein friedliches und erholsa-
mes Weihnachtsfest sowie ein gesun-
des und erfolgreiches neues Jahr.**

Kreisvorstand DIE LINKE
Redaktion DLZ

**„Ein Land zum Leben ein. Ein Land
zum Bleiben.“ -**

Unser Landtagswahlprogramm

Vortrag und Diskussion mit MdL Birke
Bull am 18.01.2016 um 18:00 Uhr in
der Gaststätte „Zur Alten Molkerei“ in
Bernburg (Nienburger Straße 16).

Der Kreisvorstand

Nachruf

In stillem Gedenken
Wilhelm Drange



OV Barby
Kreisvorstand

**Weihnachtsfeier am 14.12.2015
in Bernburg**

Alle MitstreiterInnen in Bernburg,
Nienburg, Könnern und Saale-Wipper
sind herzlich eingeladen:

14:30 Uhr: Stadtführung mit Carl-Heinz
Schmidt (Treffpunkt Schlosskirche)

16:00 Uhr: Weihnachtsfeier im großen
Saal der Stiftunge Evang. Jugendhilfe
(Große Einsiedelsgasse)

**Worauf könnten
Sie verzichten*?**

(*Mehrfachnennung nötig)

- Essen Strom
 Wohnen Kultur

Sanktionsfreie
Mindestsicherung
statt Hartz IV!



**Vorweihnachtliche Infostände im
Salzlandkreis**

In Güsten, Bernburg und Staßfurt dürfen
sich die Bürgerinnen und Bürger
an den Infoständen der LINKEN im
Dezember u.a. über Schokonikoläuse
und Taschenkalender für das neue Jahr
freuen:

Güsten:

24.12.2015 ab 10:00 Uhr vor
EDEKA

Bernburg:

18.12.2015 ab 10:00 Uhr auf
dem Karlsplatz

Staßfurt:

16.12.2015 ab 10:00 Uhr in
der Steinstraße (Theatercafé)

**Die Fraktion DIE LINKE./UWG im
Kreistag Salzlandkreis lädt ein:**

Am 21.01.2016 referiert Christian Kunz
(BUND) um 17:00 Uhr in der Urania
Staßfurt (Prinzenberg 18) zum Thema
„Hoch- und Niedrigwasser“. Alle Inter-
essenten sind herzlich eingeladen.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (Vi.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist
der 14. Januar 2016. Redaktionsschluss
war der 03. Dezember 2015.